

Land Schleswig-Holstein schließt Staatsvertrag mit Jüdischen Verbänden

8. November 2018 - Kiel (epd). Mit einem Festakt haben die beiden schleswig-holsteinischen jüdischen Landesverbände am Donnerstagabend die Schließung eines Staatsvertrags mit dem Land im Kieler Landeshaus begangen. Am frühen Abend hatte der Landtag den "Vertrag zur Förderung des jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein" einstimmig beschlossen. Beide Verbände bekommen künftig mehr Geld und sind der evangelischen und der katholischen Kirchen gleichgestellt. Außerdem forderten die Parlamentarier die Landesregierung auf, mit den Verbänden Maßnahmen gegen Antisemitismus an Schulen zu beraten.

Durch den Staatsvertrag werden die Zuschüsse an die beiden Landesverbände um 300.000 Euro auf insgesamt 800.000 Euro erhöht. Gemäß den unterschiedlichen Mitgliederzahlen erhält der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein 40 Prozent der Zuschüsse, der Landesverband der Jüdischen Gemeinschaft bekommt 60 Prozent. Dies ermögliche den Verbänden, die Infrastruktur für ein lebendiges Gemeindewesen auszubauen, hieß es. Konkret soll das Geld in die Kultur-, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit fließen. In Schleswig-Holstein leben nach Angaben des Kulturministeriums rund 3.000 Juden, von denen 1.800 Mitglied einer jüdischen Gemeinde sind.

Als einziges Landesparlament in Deutschland unterhielt der Schleswig-Holsteinische Landtag in der Vergangenheit keinen Staatsvertrag mit den Verbänden sondern nur Verwaltungsabkommen. Erst durch den jetzt geschlossenen Staatsvertrag ist aber eine Gleichbehandlung mit den beiden großen Kirchen möglich, was sich insbesondere in Regelungen zu der Sitzverteilung in den Landesrundfunk- und -medienanstalten und in der Seelsorge widerspiegelt. Zudem muss das Kieler Bildungsministerium prüfen, ob Jüdische Religion als ordentliches Lehrfach an den Schulen etabliert werden kann.

Sie sei glücklich über jedes Zeugnis jüdischen Lebens, sagte Kulturministerin Karin Pries (CDU) im Landtag. Juden seien Teil einer gemeinsamen, toleranten, demokratischen und friedlichen Zukunft. Es sei zutiefst ermutigend zu erleben, wie das jüdische Leben in Schleswig-Holstein wieder neu erblüht und jüdische Kultur wieder sichtbar wird. Pries: "Sie ist ein Schatz, den wir verloren hatten."

"Für die Juden in Schleswig-Holstein ist das eine sehr große Wertschätzung durch das Land", sagte der Vorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein, Walter Blender dem epd. Landtagspräsident Klaus Schlie (CDU) erklärte, das Land habe mit dem neuen Vertrag ein Signal geben wollen: "An die jüdische Gemeinschaft im Land, aber auch gegen antisemitische, antidemokratische und antipluralistische Strömungen."

Schleswig-Holstein unterhält seit 2005 vertragliche Beziehungen zu den beiden Landesverbänden jüdischer Gemeinden. Hintergrund ist, dass die alteingesessenen jüdischen Gemeinden in Lübeck, Kiel und Flensburg in der Vergangenheit vom Landesverband Hamburg betreut wurden. Mit der Zuwanderung von Juden aus Osteuropa hatten sich seit 1989 neue jüdische Gemeinden in Bad Segeberg, Kiel, Elmshorn, Ahrensburg und Pinneberg gebildet. Diese gründeten 2002 als Verein den Landesverband der Jüdischen Gemeinden. In ihm sind liberale und orthodoxe Gemeinden vertreten. Im Gegenzug gründeten die Alt-Gemeinden Ende 2004 den Landesverband der Jüdischen Gemeinschaft.

epd heg tm

epd-Service - 8. November 2018